

II - 1253 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. **64110**

1980 -07- 01

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Schüssel, Dr. Kohlmaier, Vetter, Dr. Taus und Genossen

an den Bundeskanzler und an den Bundesminister für Finanzen betreffend den Streit innerhalb der Bundesregierung über die Einführung einer Sparbuchsteuer (Quellensteuer)

Die SPÖ-Alleinregierung hat in den letzten fünf Jahren eine Flut von Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhungen und sonstigen Belastungen auf die Österreicherinnen und Österreicher losgelassen:

Kürzung der Sparförderung, Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, mehrfache Erhöhung der Bundesmineralölsteuer, der Gebühren für Telefon und Post, sowie der Bahntarife. Einführung der LKW-Steuer, mehrfache Erhöhung der KFZ-Steuer, Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Betriebe durch das 2. Abgabenänderungsgesetz, Abzweigung von Geldern der Familien. Abbau der Preisstützungen, Erhöhung der Rezeptgebühren, der Rechts- und Stempelgebühren, der Mehrwertsteuer usw., usw.

Dies alles geschah unter dem Vorwand der Sanierung der Staatsfinanzen.

Trotz dieser ständigen neuen Belastungen streben aber Budgetdefizite und Staatsschulden immer neuen Rekordwerten zu. Für das Budget 1981 hat Androsch bereits zugegeben, daß neuerlich eine Finanzierungslücke in Höhe von rund 15 Mrd. Schilling zu schließen sein wird.

- 2 -

Anstatt endlich entschieden gegen die Verschwendungen der sozialistischen Bundesregierung aufzutreten, werden von Spitenpolitikern der SPÖ immer neue Steuern und Belastungen erfunden.

Und dies ist die politische Situation zur Jahresmitte 1980:

- Bundeskanzler und Vizekanzler streiten über die Einführung einer Sparbuchsteuer bzw. die Besteuerung des Stroms durch Erhöhung der Mehrwertsteuer. Der sozialistische Gewerkschaftsbundpräsident hält beide Maßnahmen für möglich.
- Die sozialistische Bundesregierung lehnt gemeinsam mit dem sozialistischen Präsidenten des Gewerkschaftsbundes eine Steueranpassung mit 1.1.1981 ab und stimmt damit praktisch einer Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer für jeden einzelnen zu.
- Angesichts der erwarteten Budgetlücke droht eine zusätzliche Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes, wie sie in der Steuerkommission des Finanzministers beraten wurde.

Die kleinen Sparer, die sich auf ein Wort des Regierungschefs und seiner Partei verlassen haben, werden ebenso getroffen, wie jene Bezieher kleiner und kleinster Einkommen, deren Heizungssystem primär auf Strom ausgerichtet ist.

Bei der Beantwortung einer Dringlichen Anfrage im Bundesrat über die vom Bundeskanzler angekündigte Einführung einer Sparbuchsteuer zitierte Finanzminister Dr. Androsch mit sichtlichem Vergnügen aus der Wahlplattform 1979 der SPÖ: "Eine Besteuerung der Spareinlagen kommt nicht in Frage."

Androsch hat damit klargemacht, daß sich der Vorsitzende der SPÖ und Bundeskanzler nicht nur mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPÖ und Vizekanzler im Konflikt befindet, sondern

- 3 -

14 Monate nach den letzten Wahlen einen wesentlichen Teil der Versprechen der SPÖ außer Kraft setzen will.

Die Konflikte zwischen Bundeskanzler und Finanzminister finden immer häufiger und wegen mangelnder Gesprächsbasis immer mehr in aller Öffentlichkeit über Radio, Fernsehen und Zeitungen statt. Letztlich werden sie auf dem Rücken der Staatsbürger ausgetragen.

Um endlich die Verunsicherung der Sparer sowie der Bezieher kleiner und kleinster Einkommen zu beseitigen und den für die Demokratie schädlichen Streit in der Bundesregierung zu beenden, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Beharren Sie, trotz der massiven Einwände des Finanzministers weiterhin auf der Besteuerung der Spareinlagen (Einführung der Quellensteuer)?
- 2) Inwieweit fühlen Sie sich an das Versprechen der SPÖ-Wahlplattform 1979 gebunden, wonach eine Besteuerung der Spareinlagen nicht in Frage käme?
- 3) Was werden Sie tun, wenn der Finanzminister dem Ministerrat eine Gesetzesvorlage zur Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Strom von 8 % auf 18 % vorlegt?
- 4) Können Sie ausschließen, daß es in dieser Legislaturperiode zur zusätzlichen Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes kommt, wie dies vor den letzten Wahlen von Ihrer Partei versprochen wurde?

- 4 -

- 5) Sehen Sie als Vorsitzender der regierungsinternen Budget-kommission tatsächlich keine Möglichkeit, der Verschwendungen im Bereich der Bundesregierung Grenzen zu setzen?

Die unterfertigten Abgeordneten richten weiters an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1.) Werden Sie einen entsprechenden Gesetzesvorschlag ausarbeiten, wenn die SPÖ die Besteuerung der Spareinlagen im Sinne der Ankündigungen des Bundeskanzlers (Quellensteuer) beschließt?
- 2) Wann ist mit der Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Strom von 8 % auf 18 % zu rechnen?
- 3) Was werden Sie tun, wenn Sie in der Regierung für diese Vorlage keine Mehrheit finden?
- 4) Können Sie ausschließen, daß es in dieser Legislaturperiode zur zusätzlichen Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes kommt, wie dies vor den letzten Wahlen von Ihrer Partei versprochen wurde?
- 5) Schließen Sie es aus, daß neben der Einführung der Sparbuchsteuer, der Besteuerung des Stroms durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und neben der zusätzlichen Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes, weitere Einführungen bzw. Erhöhungen von Steuern, Tarifen und Gebühren in Ihrem Ressortbereich vorgenommen werden?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.